

## Für die Natur viel bewegt



Seit 25 Jahren krepeln die BUND-Mitglieder im Biet die Ärmel hoch: Hier beim feucht-fröhlichen Aufklauben und Auspressen gesammelter Äpfel auf heimischen Wiesen.

Foto: Hörner, Archiv

**NEUHAUSEN/TIEFENBRONN. Die Mitglieder des Bunds für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) feiern heute die Vereinsgründung der Ortsgruppe Biet vor 25 Jahren. Dass das Silberjubiläum in Tiefenbronns guter Stube, dem Bürger- und Kulturhaus „Rose“, begangen wird, zeigt, dass die in den 80er-Jahren von manchen misstrauisch beäugten Umweltschützer heute als Bewahrer der Lebensgrundlagen anerkannt und geachtet sind.**

Die Mitglieder haben sich in einem breiten Spektrum für Umweltschutz und Naturschutz im Biet eingesetzt. Der Steinegger Friedrich Oberndörfer, Vorsitzender der Ortsgruppe, zählt auf: „Wir haben Hand angelegt beim Aufbau von Trockenmauern, Pflanzen von Bäumen auf Streuobstwiesen, bei der Obsternte wie der Verwertung als heimische Fruchtsäfte, beim Pflegen von Bachläufen bis hinauf ins obere Monbachtal/Maisengraben mit Schwarzerlen und Weiden“. Wichtig ist die Heranführung der jungen Generation durch naturpädagogische Arbeit an Kindergärten und in Schulen. Regelmäßig können Kinder im Ferienprogramm der Gemeinde Neuhausen Natur erleben. Schon früh haben die Mitglieder mit Vorträgen und Ausstellungen Häuslebauer mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz vertraut gemacht.

Neben dem Ärmelaufkrepeln draußen in der Biet-Landschaft haben sich die BUND-Mitglieder auch politisch eingesetzt. Nicht immer wurden ihre Stellungnahmen zu Gemeindeprojekten wie Flächen- und Bebauungspläne mit neuem Wohn- und Gewerbebauland an Ratstischen gerne gelesen. Als die Naturschützer in ihrer Anfangszeit Widerstand gegen den Kreisstraßenausbau von Mühlhausen ins Würmtal leisteten, oder die Versiegelung des Oberen Turnfelds in Tiefenbronn kritisierten, flogen schon mal die Fetzen. „In dem Vierteljahrhundert Engagement für unsere Natur und unsere Umwelt gab es so manchen Widerstand, aber auch viel Unterstützung von Gemeindeverwaltungen, Behörden und Bürgern“, so Oberndörfer.